

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 26. Juni 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungseinträge usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 72

Das Interesse für das Verbandsorgan muß sich in der Ausgabe des „Korr.“ ausdrücken

Rechtzeitig

den „Korrespondent“

Alle ist die Zufriedenheit mit dem „Korr.“ so groß gewesen wie in dieser ersten Zeit

bestellen!

Im Felde wird der „Korr.“ von unsern Verbandsmitgliedern mit Freuden erwartet

Zeugnispreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., Postbestellgebühr monatlich 42 Pf.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Gehilfenüberspanntheit?
Gewerkschaftsrevue: Das Ergebnis der vierten Kriegskassier der Generalkommission. — Vom Einbringen der Tarifvertragsidee in die Rechtsprechung. — Die Bewertung der gewerkschaftlichen Kriegseinsparungen durch die Deutsche Arbeitsverwaltung. — Eine neue Broschüre über die deutsche Sozialpolitik. — Bemerkenswerte Vorgänge im deutschen Gewerkschaftsleben (Feuerungszulagen für die Bergarbeiter, Jubiläum des Verbandes der Schiffschmiede).
Korrespondenzen: Barmen. — Breslau. — Kaiserslautern.
Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Kriegszulagen. — Kriegszulagen für Zeitungsverleger. — Vorbildliche Haltung einer Interniertenorganisation in der Frage der Feuerungszulagen. — Die Papierfabrikanten als Gegner einer Aufhebung des Papierzolles. — Nachdruckverbot und Wäckermeister. — Kriegseinfluß auf das Nachwuchsproblem. — Der Arbeitsmarkt im Mai 1915.

□ □ Gehilfenüberspanntheit? □ □

Allmählich wird man von Prinzipalsseite deutlicher in der „Zeitschrift“. In deren Nummer vom 22. Juni ist aus einem Verammlungsberichte des Kreises IV. zu entnehmen, daß selbst die in vernünftigster, auch vom Gehilfenstandpunkte zu urentfremdender Weise vorgebrachten Ansichten eines berufenen Prinzipalsvertreter über das Tagessthema „Mangel an Spezialarbeitern“ nicht mehr verlangen. Auch ein lebhaftes Für und Wider bei jener Gelegenheit hat nicht verhindern können, daß gegen eine allerdings starke Minderheit der Ruf nach den weiblichen Maschinenführern durchdrang, der Referent mit seiner anerkennenswerten Auffassung, daß der gerade Weg stets der beste ist, also unterlag. Wir kommen auf diesen Vorgang, der im Endeffekt ein Seitenstück zu dem im Kreise X bildet (siehe Nr. 69), noch zurück. Von einer andern, in dem Berichte der „Zeitschrift“ nicht erwähnten Angelegenheit ist zu sagen, daß diese Verammlung eine Maßnahme beabsichtige, die ihr nicht zusteht, und die, wenn von Gehilfenseite mit den gleichen Mitteln, aber naturgemäß in entgegengesetzter Richtung operiert werden würde, wohl nicht nur einige polternde Ausfälle in temperamentvollen Einsetzungen an die „Zeitschrift“ ausgelöst hätte, sondern vermutlich eine Straffaktion des Prinzipalsorgans selbst zur Folge haben würde. Denn es ist nun einmal so, daß wenn zwei daselbe tun, es bei dem einen als richtig und notwendig befunden wird, während der andre zornige Reden zu hören bekommt. Daß unter solchen Umständen der Eindruck auf die Gehilfenschaft nicht groß sein kann, bei dieser vielmehr sich die Erkenntnis durchdringt, es eben auf andre Weise zu versuchen, dürfte einleuchten.

In der „Zeitschrift“ vom 18. Juni weiterete ein A. B. in C. zehrender Prinzipal nicht schlecht über „Gehilfenüberspanntheit“. Man hätte zwar längst schon erwarten dürfen, daß das Prinzipalsorgan aus eigenem einmal anerkennen würde, welche Entbehrungen weisse Gehilfenkreise durch verkürztes Arbeiten oder Halbheiten und manchmal bis zum Minimum zurück vorgenommene Lohnabzüge — Versuche, unter das Minimum zu gehen, waren gleichfalls zu verzeichnen — bis über das erste Kriegshalbjahr hinaus auf sich genommen haben, aber davon war nichts in den Spalten der „Zeitschrift“ zu finden. Es hatte niemand ein Wort dafür übrig, daß die Gehilfenschaft ihr rechtlich Teil dazu beigetragen hat, den Prinzipal über die schwierigste Zeit hinwegzuführen. Dafür läßt man jetzt einen unwirklichen Prinzipal ohne einschränkende Bemerkung einen unkontrollierbaren Einzelfall verallgemeinert und einen wahren Galimatias über Gehilfen-

überspanntheiten schreiben. Der Zeitpunkt dazu ist wieder einmal mit argem Mißgeschick gewählt, denn tatsächlich wird jetzt auf Prinzipalsseite der Bogen nach Kräften überspannt, wie in unfern letzten Nummern ebenso genütigend wie einwandfrei dargelegt wurde.

Die „Kriegskommission“ der Gauvorsteher und des Verbandsvorstandes hatte sich in ihrer Sitzung am 1. und 2. März d. J. mit aller Entschiedenheit gegen die in der „Zeitschrift“ damals einleitende Methode gewandt, irgendwelche Vorkommnisse zwischen Prinzipal und Gehilfen einer Druckerlei unter offenbar starken Überreibungen zur Grundlage heftiger Anklagen gegen die Gesamtheit der Gehilfen zu machen. Es wurde ausgesprochen, daß von untrer Seite heiserkeit Angehörigkeiten von Gehilfen geduldet werden, und daß bei berechtigten Beschwerden die Beschränkung des tariflichen Rechts- und Instanzenganges zu erfolgen habe. Keinesfalls dürfe momentane Verzögerung zum Anlaß genommen werden, in der „Zeitschrift“ über die Gehilfenschaft allgemein in verletzender Weise loszuliegen.

In diesen Bahnen wandelt A. B. aus C., und die „Zeitschrift“ ließ ihn ruhig gewähren. Nachdem er der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Gehilfen und die Verbandsorgane zu Anfang des Krieges jorsfällig über die Einhaltung der tariflichen Bedingungen „voll und ganz“ gewacht hätten, meint der Einleider, dies könne jetzt nicht mehr gelagt werden. Viele Gehilfen benutzen vielmehr den mancherorts bestehenden Gehilfenmangel, „ganz überspannte Lohnforderungen zu stellen“. Ein Drucker, der letzter 4 Mk. „über Tarif“ bezog — soll heißen: über Minimum —, habe eine Lohnzulage von 6 Mk. wöchentlich „mit sofortiger Wirkung“ verlangt und unter Hinweis auf den Personalmangel „mit Arbeitseinstellung“ gedroht. Wir haben berechtigte Zweifel an dieser Darstellung. Der Einleider ruft diese selbst schon dadurch hervor, daß er erst von ganz überspannten Lohnforderungen vieler Gehilfen spricht und dann mit einem Drucker als Beweisstück aufwartet. Ob dieser zu seinen 4 Mk. noch 6 Mk. verlangte, können wir nicht kontrollieren. Auch die sich jetzt in günstiger Position befindenden Druckerkollegen haben zu bedenken, und werden das auch sicher tun, daß Druck Gegendruck erzeugt, der sich, wie ein Krillschreiber in Nr. 67 des „Korr.“ ganz richtig bemerkte, später gegen alle Gehilfen einer Druckerlei äußern wird, die dann wegen des einen, vielleicht nicht mehr unter ihnen weilenden Kollegen zu leiden hätten. Der Fall in C. bedarf insofern also erst der Aufklärung. Daß der betreffende Drucker aber mit Arbeitseinstellung gedroht haben soll, halten wir für unmöglich, denn was A. B. meint, wäre nach dem Tarife wie nach der Gewerbeordnung strafwürdiger Kontraktbruch. Dagegen ist immer mit den schärfsten Mitteln eingeschritten worden, und man kann wirklich behaupten, daß die Gehilfenschaft im Buchdruckgewerbe in dieser Weise gut erzogen ist; bei uns dürften verhältnismäßig die wenigsten Kontraktbrüche vorkommen. Auf Prinzipalsseite ist indes in den ersten Kriegswochen Nicht-einhaltung der Kündigungsfrist in einem Maße zu konstatieren gewesen, das man nicht hätte für möglich halten sollen.

Der Tenor der Ausführungen von A. B. bewegt sich aber in anderer Richtung. Er findet es ganz unverständlich, daß viele Firmen „solche maßlosen Forderungen“ noch unterstützen, indem sie „blindlings“ Stellungen „zu teilweise außergewöhnlich hohen Löhnen“ anbieten. Er stellt daher die Frage, was die Druckerlei zu tun gegen den, sich „der außer allem Verhältnisse stehenden Forderungen mancher Gehilfen“ in dieser Zeit zu erwehren. Viele Gehilfen — viele Firmen — manche Gehilfen — ein Drucker, so baut sich das Anklagematerial dieses Herrn zusammen. Es ist reichlich widerspruchsvoll.

Ans ist noch nicht bekannt geworden, daß Firmen, die sogar Spezialarbeiter sehr dringend gebrauchen, jetzt mit außergewöhnlich hohen Löhnen um sich werben. Eher das Gegenteil wissen wir: daß mehrere nach Berlin gezwogene perfekte Maschinenleger, darunter mit dreizehnjähriger Praxis, noch in letzter Zeit dort zu Löhnen angefangen haben, die man durchaus nicht als außergewöhnlich hoch bezeichnen

kann. A. B. scheint ein Anhänger des „Naturgesetzes“ zu sein, daß mit dem Minimum oder im Höchstfall einige Mark darüber die Grenze des tariflichen Rechtes für die Gehilfen erreicht ist. So stehen die Mähten aber nicht. Es kann niemand verboten werden, entsprechend seiner Leistung die Lohnforderung für sich zu bemessen. Das Weitere regelt sich einfach nach dem Gesetze von Angebot und Nachfrage. Es ist vorgekommen, daß die Prinzipale einer Provinzialhauptstadt unter sich vereinbarten, keine Lohnerhöhung zu gewähren, auch keinen Gehilfen aus einer andern Druckerlei am Orte zu engagieren. Das ist zunächst einmal unfaire Beschränkung der Freizügigkeit und dann ein unzulässiges Mittel, sich höherer Lohnforderungen, keinesfalls maßvoller, zu erwehren. Mit dem gleichen „Rechte“ könnten doch auch die Gehilfen aufgefordert werden, nicht unter einem bestimmten höheren Lohn zu arbeiten. Höchstwahrscheinlich würde daraus eine Tarifverleugung konstruiert werden, während für das eigne Vorgehen dieses Empfinden nicht vorhanden, sein würde resp. sich in dem angezogenen Falle nicht gezeigt hat.

Wir haben für diese Logik nun einmal kein Verständnis, sondern bleiben dabei, daß in der Tarifgemeinschaft gleiches Recht bestehen muß. A. B. kann nur mit einem Gehilfen argumentieren — ob mit Recht, ist eine offene Frage —, während in jener Stadt für die „Vereinbarung“ der Prinzipale eine städtische Gehilfenzahl in Betracht kommt. Es ist ihm das Wort von den Gehilfenüberspanntheiten also auch nicht in der Eingab zurückzugeben, sondern wir müssen auf Grund konkreter Vorgänge in letzter Zeit von Prinzipals überspanntheiten sprechen, deren sich die Gehilfenschaft zu erwehren wissen wird.

□ □ □ □ Gewerkschaftsrevue □ □ □ □

Gast eine Million Gewerkschaftsmitglieder befand sich nach der neuesten, am 30. April aufgenommenen allgemeinen Statistik der Generalkommission im Seeresdienst. Seit Kriegsausbruch ist die Zahl der Eingezogenen andauernd gemachsen, und da inzwischen noch sorgfältig Eingezogene erfolgten, dürfte die erste Million jetzt bereits überschritten sein. Anfang September 1914 waren eingezogen 589755 — 27,7 Proz. der Mitglieder, am 31. Oktober 661005 — 31,3 Proz., am 30. Januar 1915 780594 = 34,1 Proz. und am 30. April 958247 = 41,7 Proz. Heute werden sicher mehr als 50 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder unter den Fahnen stehen. Während die Verbände am Schluß des zweiten Quartals 1914 2521303 Mitglieder aufwiesen, betrug die Mitgliederzahl am 30. April 1915 nur noch 1323978. Abgesehen von den Grenzbezirken, dürften aber den Verbänden in den übrigen Teilen ihres Organisationsgebietes Mitgliederverluste kaum entstanden sein. Im Gegenteil konnten verschiedene Gewerkschaften wie die Bauarbeiter, Transportarbeiter und Holzarbeiter über sehr beträchtliche Neuaufnahmen berichten. Auf dem Arbeitsmarkt ist eine wesentliche Besserung eingetreten. Von 370126 Anfang September 1914 gezählten Arbeitslosen sank die Arbeitslosenziffer auf 36081 am 30. April 1915; es waren demnach kurz nach Kriegsbeginn 21,2 Proz. und im neunten Kriegsmonat noch 2,8 Proz. sämtlicher Mitglieder arbeitslos. Zu den 36081 Arbeitslosen kommen allerdings noch 82572 Mitglieder, die bei verhärteter Arbeitszeit und für geringeren Lohn arbeiten. Die Ausgaben der Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung wuchsen bis 30. April 1915 auf die riesige Summe von 20539000 Mk. an; außerdem fleg die Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer auf 7005000 Mk.

Angeichts der gewaltigen Ausgaben, die von den früher verpönten Gewerkschaften fortwährend geleistet werden müssen, weiß das „Korrespondenzblatt“ mit vollem Recht auf das steigende Mißverhältnis hin, das sich infolge der Verringerung der beitragszahlenden Mitglieder zwischen Einnahmen und Ausgaben in den Gewerkschaften naturgemäß ergeben muß. Dabei stehen diesen noch sehr wichtige und dringliche Aufgaben bevor. Zunächst ist zu befürchten, daß mit Beendigung des Kriegs eine längere und starke Arbeitslosigkeit einleiten wird, die die Mittel der Verbände stark beanspruchen dürfte. Ferner ist auch damit zu rechnen, daß die während des Kriegs ungemein verteuerte Lebenshaltung noch nach dem Krieg andauern wird. Die Arbeiter werden im allgemeinen einen Ausgleich zwischen den un-

zureichenden Röhnen und den erhöhten Kosten des Lebensunterhalts mit Hilfe ihrer Gewerkschaften herbeizuführen suchen. Hartnäckige Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete werden die Folgen sein, zumal in solchen Gewerben, in denen die Arbeitgeberchaft das Prinzip, unbeschränkte „Herren im Hause“ zu sein, noch zäh und unanachgiebig verbleibt. Der Widerstand gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zeigt sich ja froh des Burgfriedens in verschiedenen Industrien schon recht deutlich durch den offenen oder versteckten Kampf gegen den Abschluß von Tarifverträgen. Es sei in dieser Beziehung nur an das kürzlich durch die Presse gegangene vertrauliche Rundschreiben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erinnert, das auf die „Gefahren“ aufmerksam machte, die der deutschen Industrie aus dem Abschluß von Tarifverträgen erwachsen. Damit diese Rückschlüsse auf wirtschaftlichem Gebiete ihr Ziel nicht erreichen, müssen die Arbeiter in den betreffenden Gewerben eifrig auf die Stärkung ihrer Organisationen bedacht sein, um das Mitbestimmungsrecht an der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen resp. zu sichern. Tarifverträge bilden einen Gradmesser für den Einfluß, den eine Gewerkschaft im Gewerbe erlangt. Der Trost, daß für die Gesamtheit der Arbeiter eines Gewerbes oder einer Industrie noch auf andern Wegen etwas erreicht werden kann, ist viel zu mager, als daß man von der Erstrebung kollektiver Arbeitsverträge leichten Herzens absehen könnte. Man betrachte sich nur einmal in den alljährlichen Statistiken der Generalkommission, wie für ungleich mehr Arbeiter die Tarifabschlüsse positive Vorteile bringen, als dies auf dem Wege der Arbeitseinstellung möglich ist, die selbstverständlich das letzte Mittel bleibt.

Bei dieser Gelegenheit sei dem Eindringen der Tarifvertragsidee in die Rechtspflege eine kurze Betrachtung gewidmet. Reichsanwalt Hugo Heinemann machte vor kurzem in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ auf eine neuerliche Entscheidung des Reichsgerichts aufmerksam, die für jeden überzeugten Anhänger der Tarifgemeinschaftsdeide als eines wichtigen Mittels zur Erhaltung des sozialen Friedens sehr erfreulich ist. Das höchste Gericht vertritt in der betreffenden Entscheidung mit immer steigender Entschiedenheit den Satz, daß jede Verletzung der Tariffreiheit mit dem Wesen des Tarifvertrags unvereinbar ist und schadenersatzpflichtig macht. Darin liegt eine heilsame Lehre für tarifüberdrüssige Unternehmer, über die jetzt in allen Gewerben geklagt wird. Im Anschluß an das neue Urteil erörterte Dr. Heinemann in interessanter Weise die einzelnen Stadien, die der Begriff des Tarifvertrags in unserm Rechte durchlaufen hat. Von der anfänglichen Einschätzung des Tarifvertrags als einer Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und seiner daraus folgenden Unterstellung unter § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung bis zur endgültigen Beseitigung dieser Auffassung durch ein Reichsgerichtsurteil liegt ein weiter Weg. Manche widerspruchsvolle Entscheidung wurde von dem Gericht gefällt, ehe die höchste Instanz sich mit Entschiedenheit gegen die Ansicht wandte, daß der Tarifvertrag eine unter § 152 der Gewerbeordnung fallende Verabredung sei, also rechtlich in der Luft schwebte. Es könne nicht als die Absicht des Gesetzgebers angesehen werden, Einigungen zwischen Gruppen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern über Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen durch Verlangen jeden Rechtsschutzes zu entwerfen und damit mittelbar zu verhindern. Auch sonst liege kein Grund vor, solchen Vereinbarungen, abweichend von den allgemeinen, über die Klagebarkeit der Verträge bestehenden Rechtsgrundlagen, die Klagebarkeit abzuspochen. Hiermit war der Entwicklung des Tarifvertragsprinzips zunächst eine Grenze gezogen. Eine weitere Ausgestaltung, wie sie z. B. im Buchdruckgewerbe durch den Organisationsvertrag erstrebt wurde, verbindend in erster Linie unter unzulässigen öffentlich-rechtlichen Verhältnisse.

Wie in manchen andern Dingen, hat nun der Krieg auch auf dem Gebiete des Tarifvertragswesens neue Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen, auf die Dr. Heinemann noch besonders hinweist. Mit diesem Rechte haben unsere militärischen Behörden erkannt, daß es kein besseres Mittel gibt, um die während des Kriegs unbedingt notwendige Einstellung der Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete herbeizuführen und die deutsche Volkswirtschaft un gefährdet durch die Stürme der Kriegszeit hindurchzuleiten, als die Entwicklung der Tarifvertragsidee. Aus dieser Erwägung heraus benutzten die militärischen Behörden die ihnen heute als größten Auftraggebern zuzehende Macht dazu, wo irgendmöglich durchzusetzen, daß die zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeiter vereinbarten tarifgemäßen Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne weiteres als Norm an die Stelle des individuellen Arbeitsvertrags traten. Die staatlichen Behörden verfahren in ihren eigenen Betrieben ebenfalls nach diesem Grundsatz. Solche Taten helfen nicht nur dem weiteren Vordringen des kollektiven Arbeitsvertrags die Bahn ebnen, sondern bilden zugleich ein wirkungsvolles Gegengewicht zu der von der Arbeitgeberzentrale betriebenen Sebe gegen den Abschluß von Tarifverträgen.

Auch sonst ist man auf Arbeitgeberseite bemüht, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß die Bäume der Gewerkschaften nicht in den Himmel wachsen. In einer ihrer letzten Nummern beschäftigte sich die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ mit verschiedenen Gewerkschaftsfragen und spendete dabei den deutschen Arbeiterorganisationen für ihre Haltung während des Kriegs in bestmöglicher Weise Lob und Anerkennung, indem sie u. a. schrieb:

Es soll den deutschen Arbeiterorganisationen nicht befehlen und nicht vergessen werden, daß sie in dieser schweren Zeit eine Tätigkeit einsetzten haben, die sich würdig dem pflichtbewußten Verhalten der ganzen Nation einreichte. In materieller Beziehung haben die Gewerks-

chaften der verschiedensten Richtungen für ihre Mitglieder, die im Felde standen, und für deren Angehörige, die vielleicht daheim von Not und Sorge bedrängt wurden, Hilfe herbeizuschaffen gesucht; in ideller Hinsicht hat die Arbeiterchaft und deren Vertretung den Burgfrieden fast überall auf das freudlichste gewahrt, und Deutschland konnte stolz darauf sein, daß im Augenblicke der Gefahr die sonstigen Zerwürfnisse der Stände und Parteien völlig ausgeschaltet wurde. Freilich müssen wir uns bewußt bleiben, daß diese Haltung nicht mehr und nicht weniger bedeutet als die Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht, und im Lande des kategorischen Imperativs sollte man nicht viel Aufhebens davon machen, wenn ein einzelner, eine Partei oder das ganze Volk bereitwillig seine Pflicht und Schuldigkeit tut. Am wenigsten dann, wenn diese Pflichterfüllung auch ein Gebot der Klugheit und der Selbsterhaltung ist, und wenn eine Vernachlässigung der nationalen Pflichten zugleich den eigenen Interessa herbeiführen würde! Daraus ergibt sich auch die selbstverständliche Schlussfolgerung, daß nach dem Kriege kein Mensch und keine Gruppe von Menschen etwa berechtigt sein wird, eine besondere soziale oder politische Bevorzugung von Seiten des Staates und der Gesellschaft zu verlangen. Man hat seine Pflicht getan, mehr konnte man nicht und weniger durfte man nicht tun.

Nun weiß man wenigstens, was von den Arbeitgeberverbänden als „selbstverständliche Pflicht“ der Arbeiterchaft bewertet wird. Wenn es den Gewerkschaften mit Hilfe ihrer Arbeitslosenunterstützung gelang, die bittere Not von den Dabeigebiebenen fernzuhalten und das Wirtschaftslieben vor schweren Erschütterungen zu bewahren, wenn sie den Familien unrer Vaterlandsverteidiger die erste Hilfe spendeten, bis der gemeindliche und staatliche Apparat sicher wirkte, wenn sie die Kriegerverfamilien dauernd unterstützen, wenn sie den Aufgaben dieser schweren Zeit auf allen Gebieten ein volles und freundliches Verständnis entgegenbrachten — es geschah und geschieht nur deshalb, weil es die „selbstverständliche Pflicht“ der Arbeiterchaft ist! Fürwahr, wenn die Arbeitgeberverbände an ihr eigenes Pflichtgefühl den gleichen Maßstab anlegen würden, es könnte manches besser bestellt sein. Wie die Dinge aber nun einmal liegen, muß man immer wieder daran denken, daß die Arbeitgeberverbände jede Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln, früher entschieden ablehnten, und daß sie im übrigen stets darauf bedacht waren, die Kraft der Arbeiterorganisationen selbstmörderisch niederzuschlagen durch Verfolgungen schlimmer Art. Trotzdem muß man jetzt denselben Arbeiterorganisationen die Erfüllung gewaltiger Aufgaben als „selbstverständliche Pflicht“ zu!

Wenn in der Auslassung der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ weiter davon die Rede ist, daß die Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht nach dem Kriege keinem Menschen die Berechtigung gibt, eine besondere soziale und politische Bevorzugung vom Staate oder von der Gesellschaft zu verlangen, so gilt wohl auch das nur für die Arbeiter. Die übrigen Volksschichten werden keineswegs auf Bevorzugung verzichtet, sondern höchstwahrscheinlich nach wie vor den politischen Apparat des Volksganzens ihren Sonderzwecken dienlich zu machen versuchen. Die Gewerkschaften hingegen verlangen keinerlei Dank oder Bevorzugung. Angesichts der selbstverständlichen Pflicht, die ihnen die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ zuweist, fordern sie nur ihr selbstverständliches Recht auf Gleichberechtigung und auf Anerkennung als gegebene Vertretung der Arbeiterchaft. Sie verlangen ferner das Aufheben der Bedrohungen ihrer gesetzlichen Grundlagen und den tatbereiten Willen zum Ausbau und zur Vervollständigung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Alles übrige werden sich die Gewerkschaften durch ihre Rührigkeit selbst erkämpfen.

Gerade im Verlaufe dieses Kriegs zeigt es sich, wie recht die Vertreter der Arbeiterchaft hatten, wenn sie in den sozialpolitischen Kämpfen der vergangenen Jahre darauf hinwiesen, daß die Schonung der Lebenskraft, die Gesundheit und die ausreichende Ernährung der Arbeiterklasse insbesondere auch der Stärkung der Wehrkraft zuzuhelfen komme. Manche begründete Forderung wurde indes von den Feinden, die sich nach einer sozialpolitischen Ruhepause sehnten, unter Verhennung der angeführten Notwendigkeiten abgelehnt. Heute dürfte es ihnen klar sein, welch gewaltigen Einfluß die Lebenshaltung auf die Wehrkraft ausübt. Durch die Gewerkschaftspreise wird jetzt der Inhalt einer Reichsreihe weiteren Kreisen nähergebracht, die Professor W. Zimmermann, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, verfaßt hat. Darin wird anschaulich dargelegt, wie kurzschichtig jene Kreise waren, denen die deutsche Sozialpolitik schon zu weit ging. Es waren zu viele dieselben, die unter dem Vorwande des Arbeitswillensgehüdes das Koalitionsrecht zu verstimmen suchten. Der Verfasser gibt von den Wirkungen der Sozialversicherung eine gedrängte Übersicht. 20 Millionen Deutsche, darunter 15 bis 16 Millionen Männer, waren bei Kriegsbeginn gegen Krankheit versichert. Jährlich wurden etwa 6 Millionen Krankheitsfälle, die ohne die Krankenversicherung zum größten Teil ohne ärztliche Hilfe geblieben wären, in sachkundige Behandlung genommen. In der Mehrzahl der Fälle wird so verbüßt, daß das Krankheitsübel sich selbst, die Arbeitsfähigkeit zerstört und Not und Elend in den betroffenen Familien einzieht. Die Krankenfürsorge der Unfall- und Invalidenversicherung kam hinzu. Gegen Unfallgefahren waren 25 Millionen Arbeiter und Angestellte versichert. Was durch die sozialhygienische Kultur an Lebenskräften und Arbeitsenergie gewonnen wurde, läßt sich an dem Beispiele der Bekämpfung der Tuberkulose erkennen. Innerhalb 30 Jahren ist die Verhältniszahl der Tuberkulose-

herblichkeit in Preußen von 30 auf 14 für je 10000 Lebende gesunken. Die allgemeine Sterblichkeitsziffer ging etwa in 20 Jahren von 235 auf 164 zurück. Auf Grund der Sterblichkeitsstatistik kommt Zimmermann zu dem Ergebnis, daß die produktiven und wehrfähigen Volkskräfte heute im Durchschnitt um drei Jahre länger ausfallen als vor 30 Jahren. Jedes Jahr Lebensgewinn im besten Mannesalter bedeutet einen Zugabang noch wehrfähiger gebierter Soldaten mehr als damals. Diese Zunahme der männlichen Wehrfähigkeit findet in den hervorragenden Leistungen der Landwehrrégimenter ihren greifbaren Ausdruck. Zimmermann legt weiter dar, wie gerade im Industriegebiete die Stärkung der Wehrkraft durch soziale Fürsorge ein Gebot der Notwendigkeit ist. Denn die Industrie liefert die bei unserm technisch verwickelten Wehr- und Waffenwesen unentbehrlichen Kräfte, die die geistige Regsamkeit, das rasche Verständnis, die Fassungskraft und die Gewandtheit im technischen Dienste mitbringen. „Man denke sich einmal die Schutzvorrichtungen für die Millionenmassen in Berg- und Stüttenwerken, in den Fabriken, Werkstätten, Bauhöfen und Werften hinweg“, sagt der bekannte Verfasser, „man streiche die Krankenkassenfürsorge, die Unfallversicherung, die öffentliche Gesundheitspflege für Wöchnerinnen und Säuglinge, für Tuberkulose, Alkohol- und Geschlechtskrankheiten — und man wird sich dann ein Bild von den Zuständen in vielen Betrieben und Arbeiterhaushaltungen machen können, zumal da, wo es den Arbeitern nicht durch starke Selbsthilfsmäßigungen gelungen ist, eine organisierte Macht zu schaffen und durch deren Druck und moralischen Einfluß der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Ausbeutung der Arbeiterchaft Schranken zu ziehen.“ Professor Zimmermann verfehlt bei aller Veranschaulichung der deutschen Sozialpolitik jedoch nicht, darauf hinzuweisen, daß es „noch unerhört viel Gesundheitsarbeit zu bewältigen gibt“, und ferner schließlich die Berufsvereinigungen als die Pflanzschulen der opferwilligen Solidarität, jener wesentlichen Tugend, aus der sich ein besonders fruchtbares Gemeinschaftswirken in Frieden und Krieg entspringen kann; als die Hochschule der bewußten Einordnung aller Kräfte in den Dienst eines Gedankens.

Von bemerkenswerten Vorgängen im deutschen Gewerkschaftsleben ist ein erfreulicher Erfolg gewerkschaftlicher Bemühungen für die Bergarbeiterinteressen hervorzuheben. Die große Hauskommission des preussischen Landtags, in der früher die einseitige Verurteilung von Bergarbeiterforderungen gang und gäbe war, nahm in einer Besprechung am 14. Juni gegenüber den Bergarbeitern einen recht erfreulichen Standpunkt ein. Der Berichterstatter sowohl als auch der Minister für Handel und Gewerbe erklärten, daß die Frage der Überlichten nicht mit der Lohnfrage zu vermengen sei, und daß die Vermehrung der Überlichten ihre natürliche Grenze an der Leistungsfähigkeit der Arbeiter finde. Diese Erklärungen gewinnen an Bedeutung, wenn man vernimmt, daß verschiedentlich von Seitenvertretern den zur Lohnerhöhung nachzudenken Arbeitern gesagt wurde, sie sollten mehr Überlichten machen, dann hätten sie mehr Lohn. In der Sitzung der Hauskommission dagegen wurde auf ein erprobliches Zusammenarbeiten von Sechsenverwaltungen und Bergarbeiterchaft allseitig Wert gelegt. Der Minister gab die Notwendigkeit einer Lohnaufbesserung unumwunden zu, weil sich die Kosten eines Bergarbeiterhaushalts im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier um etwa 25 Proz. erhöht hätten. Die Verhandlungen mit den Arbeiterauschüssen sind den regierungsfreigen Erklärungen entsprechend sofort eingeleitet worden und zum Teil — wenn auch nicht überall mit gleichem Erfolge — schon durchgeführt. Der Wunsch der „Bergarbeiterzeitung“, daß die bergbehördlichen Vertreter dort, wo es nötig ist, verständnisvoll nachhelfen, ist sicher ebenso berechtigt wie ihre Mahnung an große Massen der Bergarbeiter, an der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse unermüdet mitzuarbeiten und nicht zu glauben, es komme „alles von selbst“.

Das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens konnte der Verband der Schiffszimmerer begehen. Eine zehnjährige, eintrachtvoll zusammengestellte Festnummer des Verbandsorgans „Der Schiffszimmerer“ wird dem Ehrentag auch äußerlich gerecht. Die Schiffszimmererorganisation entstand in den Pfingstfeiertagen 1890 auf einem Kongreß in Kiel aus den Lokalorganisations von Flensburg, Kiel, Hamburg und Beddel. Aber die Anfänge der Organisation reichen viel weiter zurück; denn bereits 1849 bestand in Hamburg ein Verein der Schiffszimmerer, und der Allgemeine Schiffszimmererverein zählte im Jahre 1875 in 19 Orten schon 3300 Mitglieder. 1888 war dieser Verein aufgelöst worden, da er nur noch wenige Mitglieder zählte. Schon vorher war aber in Hamburg eine neue Lokalorganisation gegründet worden. Diese Organisation hatte mehrere Kämpfe zu führen. Die neue Organisation hatte im Jahre 1901 2000 Mitglieder. 1913 zählte der Verband 3705 Mitglieder. Der Ausbruch des Kriegs hat auch die Weiterentwicklung und Aktion dieser Organisation schwer gemittelt. Die Stilllegung einer Anzahl Schiffbauwerke im Binnenlande und die erste Vorkriegszeit bei den Arbeitgebern beim Kriegsausbruch, die sich in Arbeiterentlassungen kundtat, hat auch bei den Schiffszimmerern im Binnenlande eine starke Arbeitslosigkeit im Anfang des Kriegs im Gefolge gehabt. Nahezu 42000 Mk. sind in den ersten neun Kriegsmontaten für die Unterhaltungsbedürfnisse aufgewandt. Mindestens 1400 Mitglieder sind jetzt bereits zum Kriegsdienst eingezogen, von denen bis 1. Juni der Hauptverwaltung 41 = 2,9 Proz. der Eingezogenen als gefallen gemeldet sind. Die Mitgliederzahl ist auf 1895 zurückgegangen. Abge der Verband der Schiffszimmerer, eine der kleinsten Zentralorganisationen, allen schweren Stürmen zum Trotz fernerhin als ein nützliches Glied in der großen Kette der Arbeiterorganisationen seinen Platz ausfüllen und den Schiffszimmerern allezeit dienlich verhalten bleiben!

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Barmen. Von Schwermut befallen wurde der Kollege Wilhelm Bunte, in Eberfeld wohnhaft. Er war als nichtgebender Raubsturm im Alter von 29 Jahren einberufen, entfernte sich aber in der zweiten Woche seines Raublebenens heimlich aus seiner Garnisonstadt Saargemünd und pilgerte alsdann nach Vallendar am Rhein. Dort schrieb er seinen Eltern und Geschwistern ein letztes Lebenswohl und stürzte sich in die Glut des Rheinstroms. Einige Tage darauf konnte die Leiche gelandet werden. Bei seinen Papieren befand sich noch eine Unschicklichkeit an seine in Barmen konditionierenden Kollegen der Buchdruckerlei L. Der Bezirk Barmen wird das Andenken des Verstorbenen in Ehren halten.

Breslau. Die außerordentliche Generalversammlung am 16. Juni im kleinen Saale des „Gewerkschaftshauses“ war im Verhältnis zu dem jetzigen Stande der Mitgliederzahl gut besucht. Sie hatte dreier weiterer Opfer des Weltkriegs zu gedenken, und zwar der Kollegen Friedrich Lubitz, Karl Landau II und Erich Glab. Aufgenommen wurden acht Mitglieder. Der Beschl. des Extrabeitrags von Verbandseite ermöglichte es, daß der hierorts erhobene Extrabeitrag eine Erhöhung erfahren konnte, wodurch auch die mit dem Minimum entlohneten Kollegen ihr Scherlein für die Unterführung der Kriegsfrauen beitragen sollen und letztere selbst eine höhere Beihilfe im Herbst oder Winter erhalten können. Als Kandidaten für die Wahl des Gewerkschaftsrates wurden die bisherigen Mitglieder vorgeschlagen. Der Vorliegende ging jedoch mit einigen Worten auf den „Korr.“-Artikel „Hände weg!“ ein und wies darauf hin, daß wir es schon unsern Kollegen im Felde schuldig seien, den Ausschaltungsplan gegen die Maschinenführer mit allen Mitteln zu bekämpfen. Rühmend wurde anerkannt, daß die Firma „Breslauer Generalanzeiger“ als erste am hiesigen Ort ihrem Personal die Ferien wie in den früheren Jahren gewährt.

R. Kallerslautern. (Vierteljahrsbericht.) Gegenwärtig steht es auch mit dem Versammlungsbesuche nicht eben günstig; ist doch bereits über die Hälfte der Mitglieder zum Heeresdienst eingerückt, um das Vaterland zu schützen, und der ungediente Landsturm zweiten Aufgebots folgt bald nach. Infolge der Herabsetzung des Verbandbeitrags konnte unser Beitrag auf 2 Mk. bzw. 2,25 Mk. ermäßigt werden. Der Kassenbericht konnte nicht erstattet werden, da einige Säumige (immer die alten) „vergessen“ hatten, abzurechnen. Dafür gab Kassierer Dahl einen interessanten Überblick über die bisher geleisteten Unterstützungen an die Frauen der im Felde stehenden Kollegen, wonach bis jetzt der Betrag von 1240,42 Mk. ausgegeben wurde. Den Kassenbericht erstattete Kollege Kohlschütter. „Unter „Verleihenem“ wurden nur interne Angelegenheiten behandelt. — Im Mai fand keine Versammlung statt. — Die Versammlung im Juni war verhältnismäßig gut besucht. Nur von zwei auswärtigen Druckorten waren Kollegen erschienen, von den meisten übrigen Druckorten ist alles bei den Frauen. Vier Neuaufnahmen konnten vollzogen werden. Vorliegender Fröhlinger richtete beherzigenswerte Worte an die Ausgenommenen und ermahnte sie, treue Mitglieder zu werden und am Verbandleben regen Anteil zu nehmen. Den Kassenbericht ebenso den Kassenbericht erstattete Kollege Dahl. Von Seiten der Gewerkschaft wurden dem Bezirksvereine 550 Mk. Zuschuß zu den Unterstützungen gewährt. Nachdem laut Bekanntmachung des Verbandsvorstandes der Beitrag abermals ermäßigt und auf seine alte Höhe vom dritten Quartal ab herabgesetzt wird, ermäßigt sich auch unser Beitrag auf 1,75 bzw. 2 Mk. Unter Gewerkschaften und der Krieg und die Kriegsmahnahmen unserer Organisation“, wofür er reich und wohlverdienten Beifall erntete. — Nachmittags fand eine gemütliche Zusammenkunft auf dem „Blechhammer“ beim Kollegen Collet statt.

□ □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Otto Meyer (Linsbach), Wilhelm Nigg (Eich), Fritz Lütkenhork (Eisen), Marhenke (Sannow), Bruno Rolke (Slogau), Jakob Mousen (Köblen), Erich Sander (Neudamm) und Willi Kitzmann (Wandsbek). Damit haben bis jetzt 663 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erworben.

Kriegszulagen. In Neuh. gewährt der Verlag der „Neuer Zeitung“ (Neuh. v.aa. Haag) dem Personal eine wöchentliche Zulage von 2 Mk. — In Bruchsal zählt der Buchdruckerbesteller E. Schmidt („Bruchsaler Zeitung“) der Frau ihres zum Militär einberufenen Gehilfen eine monatliche Unterstützung von 10 Mk.

Kriegszulagen für Zeitungsverleger. In Linsbach gewährte der Magistrat den beiden in dieser Stadt erscheinenden Zeitungen eine Zulage von je 200 Mk., in Ostrowo (Posen) erhöhte der Magistrat die für die amtlichen Bekanntmachungen in der „Ostrowoer Zeitung“ und dem „Kreisl.“ gezahlten Beträge auf Ansuchen der Verleger von jährlich 100 auf 200 Mk., und der Magistrat von Blau in Mecklenburg erhöhte die bis jetzt für die Anzeigen im amtlichen „Mauer Tageblatt“ gezahlte Summe von 200 Mark auf Ansuchen des Verlegers ebenfalls um 100 Mk. jährlich.

Vorbildliche Haltung einer Unternehmerorganisation in der Frage der Feuerungszulagen. Die freie Innung der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Hamburg hat auf ein Ansuchen des Buchbinderverbandes um eine Feuerungszulage an ihre Mitglieder folgende nachahmenswerte Aufforderung gerichtet: „Hamburg, den 20. Mai 1915. An unsre Mitglieder! Die durch den Krieg verursachte Steigerung der Preise aller unsrer Rohstoffe hat die Herstellungskosten unsrer Arbeiten wesentlich veräuert. Eine Erörterung der Frage, ob wir eine Erhöhung der Preise unsrer Arbeiten eintreten lassen müssen, ist überflüssig; eine solche dürfte sich ohne weiteres von selbst verstehen. Schwerer zu entscheiden wird es dagegen sein, ob sie bei heutiger Geschäftslage überall in angemessener Weise durchzuführen und ob insbesondere die Möglichkeit gegeben ist, einen festen Satz dafür aufzustellen. Ohne der Entscheidung der Innungsversammlung vorgreifen zu wollen, hat der Vorstand beschloffen, den Mitgliedern zu empfehlen, diese Angelegenheit von Fall zu Fall zu behandeln und je nach Art und Menge des zu verwendenden Materials eine Erhöhung von 10 bis 20 Proz. oder mehr eintreten zu lassen. Die gleiche Berechtigung, welche wir für uns in Anspruch nehmen müssen, steht unsrer Arbeiterschaft zu. Wenn diese angesichts der so sehr verkauerten Lebensmittel den Wunsch nach Erhöhung der Löhne kundtut, so bedarf dieser gewiß keiner eingehenden Begründung. Wir halten es auch hier für überflüssig, erst einen Innungsbeschl., der nicht voneinander ausfallen kann, herbeizuführen und überlassen es der Einsicht der Arbeiterschaft, dem uns unterbreiteten Verlangen zu entsprechen. Wir verneinen nicht, daß unser Standwerk, verglichen mit andern Geschäftszweigen, sich in einer besonders bedrückten Lage befindet, und daß in vielen Fällen nur unter Opfern des Geschäftsinhabers ein alter Arbeiterstamm bei Lohn und Brot gehalten werden kann. Wie aber wir ein Entgegenkommen unsrer Auftraggeber erwarten, so wollen wir auch in gleicher Weise berechtigten Anforderungen entsprechen, im Vertrauen darauf, daß in dieser schweren Zeit alle Berufsstände sich die Hand reichen, einander nach Kräften zu helfen und zu fördern. Der Vorstand: Otto Rauschenbach, zur Zeit Obermeister.“

Die Papierfabrikanten als Gegner einer Aufhebung des Papierzolls. Die vom Verein Deutscher Zeitungsverleger geforderte Aufhebung der Zölle für Druckpapier und Zellstoff, von der wir schon in Nr. 67 Kenntnis gegeben haben, findet bei den deutschen Papierfabrikanten heftigen Widerspruch. Die „Papierzeitung“ führt dafür folgende Gründe an: „Es ist einseitig die von den Zeitungsverlegern geforderte Preiserhöhung so mäßig, daß sie die gestiegenen Kosten der Fabriken bei weitem nicht decken, zweitens könnten die Zeitungsverleger durch Erhöhung der Bezugspreise oder der Anzeigepreise die ihnen durch die Papierverlängerung entstehende Mehrbelastung auf ihre Bezieher abwälzen. Die Schweizer Zeitungen seien bereits in dieser Richtung vorgedrungen, da sich der Druckereibetrieb auch in anderer Beziehung „höher“ verteuert habe. Frankreich und Rumänien seien ferner seit jeher auf Bezug von Zeitungspapier und Zellstoff aus dem Ausland angewiesen gewesen, und die Zollaufhebung solle ihnen diesen Bezug nur erleichtern. Deutschland war jedoch im Frieden ein Ausfuhrland für Zeitungspapier, und der Zeitungspapierpreis wird in Deutschland auch nach der Erhöhung so niedrig sein, daß selbst bei Aufhebung des Druckpapierzolls der Bezug aus Skandinavien für die dortigen Papierfabrikanten unlohndend wäre. Auch die vom „Berliner Tageblatt“ weiter geforderte scharfe Sanbhabung des Ausfuhrverbohs für Zeitungspapier sei keine notwendige oder nützliche Maßregel, da deutsches Druckpapier in letzter Zeit nur in verschwindenden Mengen, meist nur aus politischen Rücksichten, ausgeführt wurde und jetzt gar nicht ausgeführt wird. Was für Druckpapier gelte, freffe in erhöhtem Maße für Zellstoff zu, mit welchem Halbstoß Deutschland bis vor kurzem einen großen Teil der ausländischen Papierfabriken versorgen half, und wovon in Deutschland genügende Vorräte vorhanden seien. Auch sei der Zoll auf Zellstoff so geringfügig, daß seine Aufhebung nicht wesentlich zur Erleichterung der Einfuhr beitragen würde. Wenn die deutschen Zellstoffabriken zur Zeit weniger Stoff herstellen als sonst, so werde dies dadurch ausgeglichen, daß die Ausfuhr fehlt und daß die Papierfabriken weniger Papier als sonst herstellen, auch die Zeitungen bedeutend weniger Papier als sonst verbrauchen.“ — Da aber die Preiserhöhung des Papiers den geringeren Papierverbrauch in hohem Grade mitverschuldet, das dürften die Papierfabrikanten kaum bestreiten können. Auch fehlen in ihren Argumenten verständliche Beweise für die Notwendigkeit der Papierpreiserhöhung.

Nachbatterverbot und Bäckermeister. Die Möglichkeit und Notwendigkeit einer dauernden Aufrechterhaltung des Nachbatterverbots, wie wir dies zuletzt in Nr. 70 in einem besondern Artikel schon ausführlicher begründet haben, wurde neuerdings auch durch den sächsischen Obermeister anerkannt. Auf dieser Tagung, die am 22. Juni in Dresden unter zahlreicher Beteiligung der sächsischen Bäckermeister abgehalten wurde, kam nach ausführlicher Erörterung alles für und wider der Beschluß zustande, für Beibehaltung des Nachbatterverbots bei den Behörden einzutreten, unter der Voraussetzung, daß sämtliche Betriebe dem Nachbatterverbot unterliegen und zum Vornehmen der notwendigen Sonntagsarbeit die nötige Zeit gewährt wird. Soweit wir unterrichtet sind, werden die hier von den Bäckermeisterern aufgestellten Bedingungen auch von der Organisation der Bäckerarbeiter in der Hauptsache als berechtigt anerkannt.

Kriegseinfluß auf das Wachstumproblem. Vom volks- und staatswirtschaftlichen Standpunkt aus erfordert der Grad der menschlichen Fruchtbarkeit mit Rücksicht auf die entprechenden Einflüsse des Kriegs besondere Aufmerksamkeit. Einiges Material in dieser Beziehung liegt

schon vor. Das Kaiserliche Gesundheitsamt veröffentlicht periodisch für eine größere Zahl deutscher Städte Angaben über das Verhältnis der Geburten zu den Todesfällen. Seitdem in diesen Städten Vermurbete liegen, die infolge ihrer Kriegsverletzungen sterben, haben sich natürlich die Sterbefälle in diesen Städten vermehrt. Die Zahl der Toten an der Front bleibt natürlich durchweg für die Großstädte unberücksichtigt. Die Statistik ist daher aus verschiedenen Gründen nicht unanfechtbar. Aber doch läßt sich aus ihr einiges entnehmen, was ohne sie nicht möglich wäre. Für 50 Großstädte mit einer Bevölkerung von etwa 14 1/2 Millionen Köpfen betrug nun in den Monaten Juli 1914 bis April 1915 auf je 10000 Einwohner und im Durchschnitt der einzelnen Monate für je eine Woche die Zahl der Geburten, der Sterbefälle und der Geburtenüberschuß:

Monat	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuß
Juli 1914	4,2	2,6	1,6
August	4,0	2,7	1,3
September	4,0	2,9	1,1
Oktober	3,9	2,5	1,4
November	4,0	2,9	1,1
Dezember	3,9	3,1	0,8
Januar 1915	5,2	4,4	0,8
Februar	4,0	3,5	0,5
März	4,1	3,5	0,6
April	4,2	3,7	0,5

Zunächst kann man demnach die Tatsache feststellen, daß die Geburtenhäufigkeit im großen und ganzen noch nicht abgenommen hat. Sie betrug im Juli, also noch vor dem Kriege, 4,2 pro Woche und im April 1915, also 9 Monate nach dem Kriege, ist sie genau so hoch wie im Juli. Dazwischenhinein fanden allerdings Schwankungen statt: die Geburtenhäufigkeit ging bis auf 3,9 im Oktober und Dezember zurück; dafür stieg sie aber z. B. im Januar bis auf 5,2 in der Woche. Die Sterbefälle haben natürlich zugenommen und damit auch die Sterbehäufigkeit. Immerhin ist zu konstatieren, daß selbst noch im Oktober die wöchentliche Rate niedriger war als im Juli. Erst vom Dezember ab ging sie scharf hinauf und erreichte im Januar 1915 ihren Höhepunkt. Sie bleibt in den folgenden Monaten noch immer hoch, wenn auch nicht mehr so hoch wie im Januar. Entsprechend dieser Bewegung von Geburten und Sterbefällen zeigt der Geburtenüberschuß eine sinkende Tendenz. Er betrug im Juli noch 1,6 auf je 10000 Einwohner der berücksichtigten Bevölkerung und im Wochenburchnschnitt und geht unter Schwankungen bis auf 0,5 im Februar und April herunter. In den Städten und Ortschaften, wo keine Kriegsverletten liegen, ist natürlich der Geburtenüberschuß ganz wesentlich höher, so daß die Abnahme in den 50 Großstädten als eine ganz selbstverständliche Erscheinung in Kriegszeiten angesehen werden muß.

Der Arbeitsmarkt im Mai 1915. Nach den amtlichen Angaben über den Reichsarbeitsmarkt war in der Mehrzahl der Industrien der Beschäftigung im Mai durchaus befriedigend. Besonders gilt das für Unternehmungen, die für Seereswege arbeiten. Eine wesentliche Änderung gegenüber dem April ist jedoch im allgemeinen nicht eingetreten. Bemerkenswert bleibt aber eine überall sichtbar gewordene Entlastung des Arbeitsmarktes für weibliche Beschäftigte. Im Bergbau war der Abfall unverändert gut. Die Eisen- und Maschinenindustrie war durchschnittlich ebenso lebhaft beschäftigt wie im April. Das gleiche gilt auch für die elektrische Industrie und für die Spinnstoffgewerbe, mit Ausnahme der Seidenindustrie. Chemische Industrie und Holzindustrie hatten ungleiche Verhältnisse aufzuweisen. Aber guten Geschäftsgang berichteten auch einige Zweige der Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, z. B. die Bierbrauerei und die Zigarrenfabrikation. Und im Baugewerbe zeigte sich infolge der öffentlichen Bauaktivität in einzelnen Städten eine gewisse Besserung. Dagegen war in den Buchdruckerereien die Beschäftigung mäßig und wies eine langsam zunehmende Verlescherung auf. Für unsern Verband ergab sich nach den Zählungen an den üblichen Stichtagen wieder eine Zunahme der Arbeitslosigkeit von 2,1 Proz. im April auf 2,2 Proz., während der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit nach den Berichten von 35 Arbeiterverbänden mit insgesamt 1,097 Millionen Mitgliedern mit 2,9 Proz. auf der gleichen Höhe blieb wie im April. Für die einzelnen Kriegsmonate seit Kriegsbeginn sind die Prozentzahlen der Arbeitslosigkeit unsrer Organisation sowie jene des Gesamtdurchschnitts aller Arbeiterverbände, die an das „Reichsarbeitsblatt“ regelmäßig ihre Berichte einsenden, folgende:

Verband der Deutschen Buchdrucker	Prozentzahl der Arbeitslosigkeit im:	
	Verband der Deutschen Buchdrucker	Durchschnitt aller an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Arbeiterverbände
August 1914	41,2	21,3
September	33,2	16,0
Oktober	29,9	10,9
November	22,6	8,2
Dezember	15,4	7,2
Januar 1915	12,4	6,5
Februar	9,0	5,1
März	2,6	3,4
April	2,1	2,9
Mai	2,2	2,9

Diese Ziffern könnten andeuten, daß wir die verhältnismäßig günstigste Periode am Ende der Arbeitslosigkeit während der Kriegszeit, die im April mit 2,1 Proz. zum erstenmal unter den Durchschnitt aller Gewerkschaftsverbände gesunken war, schon wieder überdritten haben. Auch die Gesamtziffer der prozentualen Arbeitslosigkeit im ganzen polygraphischen Gewerbe stieg nach den Berichten aller in Frage kommenden fünf Arbeiterorganisationen mit

insgesamt 50 022 Mitgliedern von 2,6 Proz. im April auf 2,9 Proz. im Mai, gegen 3,4 Proz. im März d. J.

Verschiedene Eingänge.

„Archiv für Buchgewerbe.“ Begründet von Alexander Waldow. Herausgegeben vom Deutschen Buchgewerbeverein. Doppelheft 3/4. Jahrgang 1915. 52. Band. Jährlich zwei Hefte zum Preise von 12 Mk.; Einzelheft 1,50 Mk., Preis dieses Heftes 3 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig, Volzstraße 1.

„Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konjunkturvereine für 1914.“ Eine besondere Besprechung dieses Berichtes erfolgt demnächst an anderer Stelle durch unsern ständigen genossenschaftlichen Mitarbeiter.

Gestorben.

In Bad Salzbrunn i. Schl. am 14. Juni der Buchdruckermeister Emil Reiber aus Görlitz.

In Berlin am 31. Mai der Seher Franz Michasak aus Nieport, 55 Jahre alt — Herzschlag; am 10. Juni der Seher Max Vichtenberg aus Fürstentwale, 47 Jahre alt — bösartige Geschwulst; am 15. Juni der Seher Walter Seifert aus Fiehe, 20 Jahre alt — Lungenentzündung.

In Elbing am 14. Juni der Geschäftsführer Richard Kirck, 46 Jahre alt — Herzleiden.

In Gelsenkirchen am 13. Juni der Seher Wilhelm Ludwig Bolle aus Cesse i. S., 60 Jahre alt.

In Glogau am 16. Juni der Seher Friedrich Wilhelm aus Glas, 53 Jahre alt — Magengeschwür.

In Kempten am 12. Juni der Seher Engelbert Bögle, 57 Jahre alt — Nieren- und Leberleiden.

In Leipzig am 31. Mai der Buchdruckermeister Max Lehmann.

In Wien am 12. Juni der Seher Karl Müller, 36 Jahre alt. — Auf dem Felde der Ehre gefallen: Joseph Erb (S.); Ernst Ertel; Heinrich Knize (S.); Wenzel

Krejn (S.); Karl Koln (S.); Johann Urbancic (S.); Hans Dungi (Dr.); Rudolf Corn (S.); Richard Seperberg; Hans Brunner; Franz Kräftner (S.); Anton Krejci (S.); Braun; Joseph Fufak (M.-S.); Wenzel Braßil; Joseph Kubes (M.-S.); Johann Benzsek.

Briefkasten.

M. M. aus G.: Eine sehr gelungene Aufnahme und ein recht friedfertiges Bild aus dem wilden Kriegsstreben. Auszeichnung in Nr. 69 gebracht. „Korr.“ wird Ihnen in seinen letzten Nummern wohl auch zugelegt haben. Frdl. Gruß! — D. D. in G.: Für bejeigtes Interesse besten Dank. Besten den „Gutenberg“ aber gebunden und daraus wird zu einem andern, größeren Zwecke schon seit Monaten geschöpft. — Nach M.: Wie soll jene Erklärung verwendet werden? Nach dieser Darstellung hat der bestreiffende Gehilfe höchst fadelnwert gehandelt, und wenn er dadurch die Kondition verliert, hat er sich die statutarischen Folgen selbst zuzuschreiben. — S. M. in G.: Es ist zu begrüßen, wie die „Freie Presse“ von der dort verurteilten Anwerbung Kriegsbeschädigter aus allen Berufen als Verankräfte an der Sebmachdine der Bevölkerung Kenntnis gibt. So erfahren es auch die verwundeten „Landler“ und werden sich bedanken, solchen Gefüllten als Vorpann zu dienen. — Nach Bonn; Jedenfalls in nächster Nummer. — U. in A.: Verloren Sie nur, wie mitgeteilt; wir werden die Sache baldigst behandeln. — W. R. in Berlin: 2,45 Mk. — B. S. in Koblenz: 4,55 Mk. — A. D. in Bielefeld: 2,45 Mk. — B. in Berlin: 2 Mk. — D. D. in Glogau: 2 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamissofplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Krefeld. Der Drucker Walter Schommer (Hauptbuchnummer 95 248), zuletzt in Oberhausen (Rheinland) in

Kondition, wird hierdurch aufgefordert, sich unverzüglich mit dem Bezirkskassierer Peter Evers, Florastraße 83, in Verbindung zu setzen, andernfalls Ausschluss erfolgt. Die verehrlichen Funktionäre werden gebeten, sich auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Neuf a. Rh. Der Seher Joseph Volbach (Hauptbuchnummer 93 785), zuletzt hier selbst konditionierend, wird erlucht, seine restierenden Beiträge und sein Buch baldigst nach hier einzulenden, widrigenfalls Ausschluss erfolgt.

Adressenveränderungen.

Potsdam. (Ort.) Vorsitzender: M. Voigtländer, Behlerstraße 13; Kassierer: Wernicke, Kreuzstraße 16 I.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):

Im Gau Bayern die Seher 1. Joseph Baumgartner, geb. in Miesbach 1883, ausgel. dal. 1900; 2. Peter Endres, geb. in Bamberg 1897, ausgel. dal. 1914; waren schon Mitglieder; 3. Franz Keilholz, geb. in Windischgailenreuth 1898, ausgel. in Ebermannstadt 1915; war noch nicht Mitglied. — Joseph Seib in München, Solstr. 24 I.

Im Gau Elsaß-Lothringen der Seher Karl Rib, geb. in Kolmar i. E. 1896, ausgel. dal. 1914. — Karl Schläfer in Straburg, Schirmecker Ring 22.

Im Gau Frankfurt-Rhein der Drucker Karl Gerhard Siegel, geb. in Heilbronn 1895, ausgel. dal. 1913; war schon Mitglied. — Karl Domine in Frankfurt a. M., Wielandstraße 2 III.

Im Gau Polen der Seher Rudolf Tresp, geb. in Göttingendorf b. Allenstein 1891, ausgel. in Gelsenkirchen 1911; war noch nicht Mitglied. — F. Wagner in Posen, Königsplatz 5.

Im Gau Rheinland-Westfalen der Seher Otto Schuldig, geb. in Berlin 1873, ausgel. in Czarnikau 1892; war schon Mitglied. — Emil Albrecht in Köln, Gereons-hof 28.

Tüchtige Maschinenmeister

für Schnellpressen mit und ohne Anlageapparat, ebenso für variable Zweifarbenrotationsmaschine in feste Stellung gesucht. Angebote, denen Zeugnisabschriften und Lohnforderungen beizufügen sind, erbitet

Sam. Lucas, Elberfeld. [840]

Tüchtige Maschinenmeister

für Illustrations- und guten Werkdruck sucht

[821]

Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Seherstereotypen

(Trochsenstereotypie) für achtsellige Tageszeitung sofort gesucht. Stellung dauernd.

[832]

Hd. Wilmers, Barel i. O.

Rotationsmaschinenmeister

für 16 stellige König & Bauerische Maschinen gesucht, „Schwäbischer Merkur“, Stuttgart.

[831]

Maschinenmeister

für neue Augsburgische Schnellpressen mit Königsbogenanleger zum Druck besserer Papierwaren. Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten. Fahrkosten bei guten Leistungen vergütet.

[813]

Papiermüllfabrik Otto Bachmann, Saugau (Württemberg).

Maschinenmeister

jüngere Kraft, militärfrei, wird zum sofortigen Eintritt gesucht.

[839]

J. Keylaender & Sohn, Altl.

Maschinenmeister

an Schnell- und Ziegeldruckpresse in allen Druckarbeiten erfahren, zum baldigen Eintritt gesucht.

[839]

Eugen Schorack, Essen (Ruhr).

Monotypgießer

eventuell einen Schriftgießer der sich für diesen Posten eignet, sucht

[839]

W. Leynohn, Grünberg i. Schles.

Monotypgießer

(militärfrei) zum baldigen Eintritt gesucht.

[839]

Höfmannsche Buchdruckerei, Hannover.

Monotypgießer

Eine größere Druckerei Mitteldeutschlands ist bereit, einen tüchtigen, militärfreien Schriftgießer, der an der Komplexionsmaschine genau Bescheid weiß, als

[839]

Monotypgießer

auszubilden. Anerbietungen mit Nachweis der früheren Beschäftigung und Lohnforderungen sind unter 833 an die Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

[839]

Verleger: Emil Döblin, in Berlin.

Monotypgießer

Der längere Zeit an der Maschine gearbeitet hat, wird für eine Provinzialzeitung in Mitteldeutschland gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen und genauer Angabe der jetzigen Tätigkeit unter Nr. 834 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Schriftgießereizurichter

gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an

W. J. Demning, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 143.

Maschinenmeister

34 Jahre alt, mit allen vorkommenden Arbeiten sowie Rotary-Anleger bestens vertraut, auch im Farben- und Ziegeldruck bewandert, sucht zum 5. Juli in Leipzig Stellung. Werte Offerten erbeten an Oskar Schneider, Leipzig-Connewitz, Hermannstr. 28.

Mein in Nr. 63 des „Korr.“ besprochenes Buch „Auf der Walze“ liefert Ortsvereine usw. beim Besuche von mindestens 10 Stück für 75 Pf., 100 Stück 65 Pf., das Stück.

Albert Stähler, Wandsbek, Hamburger Straße 23.

Unsern lieben Kollegen

[850]

Emil Säupfner

die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum.

Die Kollegen der Firma Liebes & Tschirner, Leipzig.

[850]

Den Heldentod für das Vaterland erlitt

infolge eines Stropfchusses am 1. Juni in einem Gefechte bei Stroj unser lieber Kollege, der Maschinenmeister

[837]

Fritz Hornbogen

im 29. Lebensjahre.

Sein Andenken wird in Ehren halten

Der Bezirksverein Köslin.

Der Ortsverein Kolberg.

[837]

Den Heldentod für das Vaterland fand

am 6. Juni in Frankreich unser lieber Kollege, der Seher

[828]

Willi Rohwer

Kanonier in einem Feldartillerieregiment

im 25. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Mitgliedschaft Rortorf i. S.

[828]

Nachruf!

In treuer Pflichterfüllung fiel auf dem Schlachtfelde der frühere Vorsitzende und Gründer unseres Vereins, Kollege

[830]

Willi Kruspe

Wir werden dieses pflichteifrigen und treuen Kollegen stets in Liebe gedenken.

Rheinisch-Westfälischer

Korrekturenverein Bezirk Bielefeld.

Als weiteres Opfer des Weltkriegs fand den Heldentod unser werter Kollege, der Seher

[838]

Ludwig Haus

aus Mühlheim, im Alter von 22 Jahren. Wir werden dem braven Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Bezirksverein Offenbach a. M.

[838]

Als weiteres Opfer des Kriegs betrauern wir den Verlust unseres Kollegen

[834]

Wilhelm Bünke

Er ist im Alter von 29 Jahren aus dem Leben geschieden. Sein ruhiges und charaktervolles Wesen sichern ihm ein bleibendes Andenken.

[844]

Bezirksverein Barmen.

[844]

Nach kurzer Krankheit verschied am 13. Juni der Seher

[847]

Wilhelm Ludwig Bolle

aus Cesse bei Hannover, im Alter von 60 Jahren an Lungenentzündung. Ein treues Gedenken bewahrt ihm

Der Ortsverein „Gutenberg“, Gelsenkirchen.

[847]

Am 16. Juni verstarb in einer Klinik in Breslau, wo er Behandlung von seinem jahrelangen Leiden suchte, der Schriftgießer

[847]

Friedrich Wilhelm

aus Glas, im Alter von 53 Jahren. Sein Andenken wird in Ehren halten

Der Bezirksverein Glogau.

[847]

Am 19. Juni verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege und Mitarbeiter

[843]

Hermann Eulenstein

im 62. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Das Personal der Buchdruckerei W. Moser, Berlin.

[843]

Am 20. Mai verschied nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftgießer

[827]

May Kollig

aus Landsberg a. W., im Alter von 50 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren

Die Kollegen der Buchdruckerei K. Simon Nachf., Berlin.

[827]